

Schwierige Nachbarschaft. Die Neuausrichtung der griechischen Türkeipolitik

KOSTAS SIMITIS

Einführung

Griechenland und die Türkei pflegten ein beinahe sprichwörtlich schlechtes Verhältnis, das sich erst seit 1999 schrittweise verbessert hat. Der Beginn der Auseinandersetzungen nach dem Zweiten Weltkrieg wird meist mit dem Ausbruch des Zypernkonflikts 1955 gleichgesetzt. Seither befanden sich die beiden Länder mehrmals am Rande eines Krieges, die schwerste Krise war die von 1974, als die in Athen regierende Junta der Obristen einen Putsch auf Zypern gegen den amtierenden Präsidenten Makarios unterstützte und die Türkei in der Folge den Nordteil der Insel besetzte. Nach 1974 verlagerte sich der Konflikt zunehmend in die Ägäis. Aufgrund von Explorationsmissionen auf der Suche nach Erdöl in umstrittenen Gebieten der Ägäis standen beide Länder mehrmals kurz vor einem bewaffneten Konflikt. Die Krise um die Felsinseln von Imia, die im folgenden Dokument ausführlich beschrieben wird, war die bislang letzte Situation, in der ein gewaltsamer Ausbruch im Bereich des Möglichen schien.

Vier Konfliktthemen bestehen zwischen Athen und Ankara in der Ägäis: die Frage des Festlandssockels, die Ausweitung der Territorialgewässer, die Kontrolle des Luftraums (FIR) und der Status der ostägäischen Inseln. Hinsichtlich des ersten Konfliktgegenstands argumentiert die Türkei, dass sich ihr Festlandssockel als Verlängerung Anatoliens bis in die Mitte der Ägäis erstreckt. Dagegen vertritt Griechenland die Ansicht, dass alle Inseln in der Ägäis über einen eigenen Festlandssockel verfügen und mithin der griechische Festlandssockel deutlich größer sei. Eine Klärung dieser Frage würde über die Verteilung der Explorationsrechte des Meeresbodens in der Ägäis entscheiden.

Die Territorialgewässer Griechenlands und deren mögliche Ausweitung von momentan sechs auf zwölf Seemeilen sind der zweite Streitpunkt. Ankara akzeptiert eine solche Ausweitung nicht und hat erklärt, dass ein solcher Schritt Griechenlands als Casus Belli gewertet würde.

Griechenland beruft sich auf die Seerechtskonvention von 1982 und betont, dass es sich das Recht der Ausweitung vorbehält. Dies würde dazu führen, dass der Anteil der internationalen Gewässer in der Ägäis massiv schrumpfen würde.

Die Kontrolle des Luftraums, die ebenfalls strittig ist, ist von einer ähnlichen Konfliktlage geprägt. Die Türkei akzeptiert seit 1974 den griechischen Luftraum von zehn Seemeilen nicht mehr und argumentiert, dass dieser an die Hoheitsgewässer angepasst werden müsse. Dies führt bis heute zu zahlreichen »dog fights« zwischen der griechischen und türkischen Luftwaffe, bei denen es immer wieder zu tödlichen Unfällen gekommen ist.

In der Folge der Imia-Krise begann die Türkei, die Zugehörigkeit einiger Felsinseln in der Ägäis in Frage zu stellen. Sie argumentiert, dass es sich dabei um rechtlich ungeklärte Fälle, so genannte »graue Zonen« handle, die zum Verhandlungsgegenstand zwischen Athen und Ankara gezählt werden müssten. Beide Staaten verfolgen bei der Durchsetzung ihrer Interessen in der Ägäis unterschiedliche Strategien. Griechenland betont, dass lediglich die Frage des Festlandssockels bestehe und damit verhandelbar sei, alle übrigen Streitpunkte seien durch internationale Verträge bereits geregelt. Der Festlandssockel könne aufgrund der diametral entgegengesetzten Positionen allerdings nicht zwischen den beiden Staaten verhandelt werden, sondern müsse vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag geklärt werden. Die Türkei lehnt dessen Anrufung bislang ab und verlangt bilaterale Verhandlungen über alle Konfliktthemen. Dem verweigert sich wiederum die griechische Seite.

Von 1974 bis 1996/97, die Periode, die Kostas Simitis in seinem Dokument so anschaulich schildert, haben sich beide Staaten nur marginal bewegt. Auf die kurzen Phasen der Entspannung folgten immer wieder neue Spannungen. Erst mit dem Politikwechsel der Regierung Simitis und den beiden Erdbeben am 17. August 1999 in der Türkei und am 7. September, die eine beispiellose Welle der Hilfsbereitschaft in beiden Ländern auslösten, setzte eine nachhaltigere Entspannung ein, die auch die Zivilgesellschaft erreichte. In diese Phase fielen die Eröffnung der europäischen Perspektive für die Türkei mit expliziter Unterstützung Griechenlands, zahlreiche Initiativen zur Annäherung der beiden Länder durch Nichtregierungsorganisationen sowie eine massive Zunahme des bilateralen Handels.

Das positive Momentum endete 2004. Der Regierungswechsel von der PASOK zur Nea Dimokratia unter Kostas Karamanlis war ein wichti-

ger Grund dafür. Der sozialistische Außenminister Georgios Papandreou war eine Triebfeder für das Rapprochement gewesen, nicht zuletzt aufgrund seiner guten persönlichen Kontakte zu seinen türkischen Amtskollegen Ismail Cem (bis 2002) und Abdullah Gül (ab 2003). Ein weiterer Grund war die Ablehnung der von den UN initiierten Lösung des Zypernkonflikts durch die griechische Volksgruppe. Das Eintreten der zyprischen Regierung gegen den so genannten Annan-Plan und das gleichzeitige Schweigen der Regierung Karamanlis belasteten das Verhältnis schwer. Dies wurde in der Folge umso deutlicher, weil der Beitritt Zyperns, ohne vorherige Lösung des Konflikts, zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei führte.

Alle griechisch-türkischen Ansätze zur Beilegung der Streitpunkte in der Ägäis sind seither versandet, die »dog fights« in den umstrittenen Gebieten sind weiterhin an der Tagesordnung und nach wie vor schwelt der Konflikt an den Rändern der EU.

Der hier vorliegende Ausschnitt aus den Erinnerungen des ehemaligen griechischen Premierministers Kostas Simitis (im Amt von 1996 bis 2004) beleuchtet die entscheidende Phase in den griechisch-türkischen Beziehungen Mitte und Ende der 1990er Jahre. Er konzentriert sich dabei auf die Imia-Krise und den nachfolgenden Strategiewechsel gegenüber Ankara. Leider lässt er die Affäre um den Kurdenführer Abdullah Öcalan aus, dessen Festnahme in der griechischen Botschaft in Nairobi im April 1999 das bilaterale Verhältnis schwer belastete und zu einem Wechsel im griechischen Außenministerium führte – Georgios Papandreou folgte Theodoros Pangalos nach.

Kostas Simitis zeichnet detailgetreu aus der Perspektive des Handelnden nach, wie seine Regierung den jahrzehntelang schwelenden Konflikt internationalisierte. Er stellt treffend fest, wie es um das Verhältnis beider Länder bestellt war: »Das Irrationale in der Beziehung zwischen Griechenland und der Türkei schien ganz normal und das Normale völlig irrational zu sein.«

Dies wird auch an seiner Beschreibung des Konflikts um die Felseninseln von Imia ersichtlich, anhand derer die Irrationalität, Voreingenommenheit sowie auch das teils unprofessionelle Verhalten der griechischen Administration und des Militärs deutlich wird. Durch die Darstellung der internationalen Kontakte in der Krise erschließt sich, welche unterschiedlichen Rollen die USA und die EU für die griechische Außenpolitik einnahmen: So konzentrieren sich die Bemühungen der Regierung in der Eskalation auf Washington, das letztendlich die militä-

rische Auseinandersetzung verhindert und eine Deeskalation zwischen Athen und Ankara vermittelt. »Die Europäische Union glänzte durch Abwesenheit«, so Simitis über diese Phase.

Dennoch fokussierte sich die griechische Außenpolitik in der Folge der Imia-Krise auf die Länder der Europäischen Union, die einen breiteren Rahmen und Resonanzboden für die griechischen Positionen bilden sollten. Die USA bleiben als wichtiger Referenzpunkt aber erhalten. Die Beschreibung der Taktik Griechenlands zur Übernahme seiner Positionen durch die europäischen Partner eröffnet einen selten klaren Blick auf die Funktionsweise der Europäischen Union und besonders des Europäischen Rates. Die intensive Reisediplomatie, das geschickte Nutzen der Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten und nicht zuletzt das verhaltene Winken mit einem griechischen Veto werden in ihrem Zusammenspiel offen dargelegt. Der Regierung Simitis gelang mit dieser Vorgehensweise die Europäisierung des Konflikts und damit erstmals eine substantielle Veränderung im bilateralen Verhältnis. Auf dem Gipfel von Helsinki im Dezember 1999 (»Der Höhepunkt einer Politik«), erreichte Athen die vollständige Übernahme der eigenen Positionen in die EU, die Entkoppelung des Beitritt Zyperns von der Lösung des Konflikts sowie die Eröffnung einer Beitrittsperspektive für die Türkei. Damit war der Boden für die folgende Annäherung beider Länder in den kommenden Jahren bereitet. Gleichzeitig führte diese Entscheidung jedoch zum jetzigen Stillstand, weil Griechenland, die Türkei, aber auch die EU die Frist von 2004 zur Klärung der Differenzen verstreichen ließen. Nun erschwert der erfolgte Beitritt Zyperns die Annäherung der Türkei an Europa massiv und die Lösung des Konflikts auf der Insel selbst ist in weite Ferne gerückt. Eine konstruktive Bearbeitung der Streitpunkte in der Ägäis hängt mithin von einer Entspannung im Konflikt dreieck Griechenland–Türkei–Zypern ab. Doch dafür benötigt es wohl einen weiteren Politikwechsel in Athen, weg von der momentanen Passivität zu einer (wieder) aktiven Außenpolitik.

Christos Katsionlis